
«Bundesrat Berset wollte ganze Wintersportorte schliessen»

Magdalena Martullo spricht über das Geschäftsjahr der Ems-Chemie, den Kampf gegen weitere Schliessungspläne des Bundes und über den Mut der Bündner Behörden.

Interview: Andri Nay und Olivier Berger

Die rasche Erholung der Ems-Chemie-Umsätze gegen Ende des Corona-Jahres hat auch Firmenchefin Magdalena Martullo überrascht. Trotzdem ist sie als Mehrheitsaktionärin nicht ganz zufrieden mit dem Geschäftsgang, wie sie im Interview sagt. Während Martullo der Krisenbewältigung durch die Bündner Behörden ein gutes Zeugnis ausstellt, kritisiert sie den Bundesrat scharf. Dieser wolle sich in der Krise politisch profilieren.

Frau Martullo, Umsatz und Gewinn sind im letzten Jahr um rund 15 Prozent zurückgegangen bei der Ems-Gruppe. Können Sie als Mehrheitsaktionärin damit zufrieden sein?

Magdalena Martullo: Nein, natürlich sind wir nicht ganz zufrieden. Wir hatten höhere Ziele. Wir hatten diesen Einbruch aufgrund von Corona, als die Autowerke und viele Industrieunternehmen über Wochen komplett schliessen mussten. Das hat uns natürlich getroffen. Im dritten Quartal ist dann die Erholung gekommen und im vierten waren wir bereits wieder über den Vorjahreszahlen. Das neue Jahr hat nun gut begonnen.

Im Sommer 2020 rechneten Sie nicht mit einem «Riesenaufschwung» im zweiten Halbjahr. Sind Sie jetzt positiv überrascht?

Wir waren ein wenig überrascht, als der Umsatz so stark stieg im vierten Quartal. Aber viele Leute bekommen in der Kurzarbeit Geld vom Staat und die

Unternehmen werden unterstützt. Es ist viel Geld vorhanden. Was immer gekauft wird, meistens sind Kunststoffe von Ems drin. Für 2021 sind wir zuversichtlich.

59 Prozent des Umsatzes generiert die Ems in der Autoindustrie, die im ersten Lockdown stark eingebrochen ist. Fokussieren Sie sich zu stark auf diesen Sektor und ist die Gruppe dadurch verletzlich?

Nein. Die Wirtschaft brach allgemein in der ersten Welle ein. Nachher bestellten viele wieder ein Auto und das Autogeschäft wuchs in allen Weltregionen. Zudem haben in China erst 18 Prozent ein Auto, aber alle wollen eines. 19 neue Autowerke werden in China gebaut. Wir haben zudem noch viele neue Anwendungen im Auto, die wir jetzt entwickeln.

Sie haben China angesprochen. Werden Sie sich künftig mehr von Europa weg Richtung China orientieren?

Der grösste Markt für uns ist nach wie vor Deutschland, weil dort technisch viel entwickelt wird. Unser zweitgrösster Markt ist bereits China und dieser wird noch an Bedeutung gewinnen. Im Unterschied zu Europa war der Lockdown in China sehr kurz und China ist schon wieder auf Wachstumskurs. Wir beliefern China hauptsächlich von Domat/Ems aus.

Wird die Ems-Gruppe im 2021 den verlorenen Umsatz wieder aufholen können?

Wir werden dieses Jahr einen höheren Umsatz und ein höheres Betriebsergebnis erreichen als im letzten Jahr. Mit unseren neuen Anwendungen, welche wir laufend entwickeln und im Markt einführen, sichern wir das Wachstum auch für 2021.

Einmal abgesehen vom Geschäftsjahr der Ems-Chemie: Wie hat Sie die Covidpandemie selber betroffen?

Sehr. Mit 32 Firmen weltweit verfolgte ich die Entwicklung und musste rasch und entschieden handeln. Glücklicherweise haben wir bei den Masken auf das richtige Schutzinstrument gesetzt. Persönlich bin ich natürlich von den gleichen Einschränkungen betroffen wie alle. Auch wir haben Ostern und Weihnachten im kleinsten Kreis der Familie gefeiert und müssen auf Treffen mit Freunden verzichten.

Neben der Unternehmerin und der Privatperson Magdalena Martullo gibt es auch noch die Politikerin.

Wie sehr hat Sie Covid-19 politisch gefordert?

Unglaublich, und das von Anfang an. Wir haben wegen unserer Gesellschaften in China bald gemerkt, dass etwas Grosses auf uns zukommt. Ich habe mich früh und während beider Wellen politisch und gesellschaftlich stark engagiert.

Bekannt wurde vor allem Ihre Beschaffungsaktion für Masken.

Das war nur ein Teil. Hinter den Kulissen habe ich in Bern viel Einfluss genommen. Zum Beispiel wenn es darum

ging, Schutzmaterialien zu organisieren, Schutzkonzepte aus China einzuführen, Schliessungen zu vermeiden, Härtefälle bei den Mitarbeitern und Betrieben abzufedern oder Coiffeursalons zu öffnen. Seit Dezember kämpfe ich gegen Schliessungspläne von Bundesrat Berset. Das war vor allem für Graubünden nötig, weil die Wintersaison anstand. Leider habe ich hier nicht alles erreicht.

Zum Beispiel?

Dank eines unglaublichen Engagements konnten wir Hotels, Pisten mit Terrassen und Kosmetiksalons offen halten. Bundesrat Berset wollte nämlich nicht nur Pisten und Bahnen schliessen, sondern ganze Wintersportorte. Mit einer starken Allianz aus Ver-

«Ich wollte eine Ausnahme- regelung auch für Läden und Restaurants.»

tretern anderer Bergkantone alarmierten wir die Medien und lancierten eine Petition. In den Kommissionen wurden mit Mehrheitsbeschlüssen Interventionen an den Bundesrat geschickt. So konnten wir den Lockdown der Läden verzögern sowie Pisten und Orte offen halten.

Sie sagen also, der Bundesrat hätte noch mehr schliessen wollen als Pisten, Gondelbahnen und Skilifte?

Ja, natürlich. Es gab ein Vorhaben von

Bundesrat Berset, laut dem die Wintersportorte faktisch nicht mehr funktioniert hätten. Das Papier sah sogar vor, dass Passantenströme in Dörfern erfasst und gelenkt hätten werden müssen. Die Wintersportanlagen wären dann geschlossen worden wie in Österreich. Bundesrat Berset orientiert sich stark an den europäischen Ländern.

Sie haben in diesem Bereich Ihr Ziel also erreicht?

Mein Ziel war es, für die Wintersaison eine Ausnahmeregelung zu holen, auch für Restaurants und Läden. Ich bin überzeugt, das hätte ich geschafft, wenn nicht Regierungsrat Peyer seine unbedachte Äusserung gemacht hätte.

Wie meinen Sie das?

Er fragte andere Kantone um Unterstützung für Spitalbetten an, obwohl gar kein Bedarf da war. Das wurde öffentlich und kam im «Blick» auf der Frontseite. Es hiess dann, Graubünden hätte zu wenig Kapazität für Skiunfälle, auch der CEO des Kantonsspitals sagte das. Da hatten wir natürlich keine Chance mehr in Bern, Bündner Sonderregeln zu holen. In Graubünden und in der ganzen Schweiz war die Kapazität in den Spitälern und in den Intensivabteilungen aber nie knapp!

Herr Peyer wirft Ihnen umgekehrt vor, in einer Kolumne in der «Südostschweiz» mit falschen Zahlen operiert zu haben.

Er spricht von den Bündner Zahlen, während ich die Schweizer Zahlen verwende. Die Kolumne heisst ja «Berner Politik». Und in Bern wird die Coronapolitik nicht nach Graubünden ausgerichtet – leider!

Und was sagen Sie zu seiner Aussage, die Demokratie funktioniere?

Sie wurde ausgeschaltet. Das Parlament konnte nie bei einer Einschränkung mitreden. In den Kommissionen schreiben wir Briefe an den Bundesrat, die trotz Mehrheiten unberücksichtigt bleiben. Die Mehrheit der Kantone und die Verbände wollten keine Ladenschliessungen, und es wurde trotzdem geschlossen. Umfragen beim Volk werden ignoriert, die Petition mit über 50 000 Unterschriften «Beizen für Büezer» nicht behandelt. Nun gibt es die Petition «Stop Lockdown» mit über 200 000 Unterschriften, doppelt so viele wie für eine Volksinitiative. Wir werden sehen, was der Bundesrat damit macht.

Am Mittwoch informiert der Bundesrat über neue Massnahmen.

Was erwarten Sie?

Ich befürchte, dass der Lockdown wieder verlängert wird. Bundesrat Berset und das Bundesamt für Gesundheit haben das schon angekündigt. Sogar bis in den August. Der Schaden für Gesellschaft und Wirtschaft ist enorm. Die Anzahl Neuansteckungen, Hospitalisierte, die Verstorbenen, alle sind rückläufig. Und dies trotz zahlreicher Tests.

Was würden Sie sich denn wünschen?

Unter Einhaltung der Schutzkonzepte müssen und können wir jetzt öffnen! Restaurants, Hotels und Läden haben bewiesen, dass ihre Schutzkonzepte funktionieren. Zurzeit arbeitet mehr als jeder zehnte Erwerbstätige in der Schweiz nicht, Ersparnisse für zukünftige Investitionen werden verbrannt, und Betriebe kommen in Existenznöte.

«Die Regierung in Graubünden macht im Grossen und Ganzen eine gute Arbeit.»

Wie lange wollen wir uns das noch bieten lassen? Nun haben auch die Gewerkschaften reagiert.

Ein Lob für die Gewerkschaften aus Ihrem Mund? Das erstaunt jetzt.

Wenn es um Probleme der Schweiz geht, mache ich nicht Parteipolitik. Ich versuche zu helfen, vor allem auch für Graubünden. Ich bin seit Beginn der Pandemie mit den Gewerkschaften im Austausch. Sie merken nun, dass viele Betroffene mit 80 Prozent des Einkommens der Kurzarbeit nicht auskommen. Kurzarbeit ist ein gutes Mittel für ein paar Monate, aber nicht für ein halbes oder ganzes Jahr.

Sieht das der Bundesrat zu wenig ein?

Er klammert sich an die Macht. Er glaubt, sich politisch profilieren zu können, weil er «etwas macht» und Stärke zeigt. Das sind diktatorische Züge.

Aber es schützt die Bevölkerung. Das ist die oberste Aufgabe des Staates.

Man muss abwägen. Alle einzeln einsperren, dass sich niemand ansteckt? Arbeitslose, Schulden für 30 Jahre, Depressionen, Gewalt, dafür in Kauf neh-

men? Schutzkonzepte, Testen, Ansteckungsorte evaluieren, Impfen und Öffnen: Das ist die Lösung. Asiatische Länder machen es schon lange vor.

Was kann die Politik jetzt unternehmen?

Das Parlament muss das Heft wieder in die Hand bekommen. Gegen das Covid-Gesetz wurde ein Referendum ergriffen. Das Volk stimmt im Juni ab. Der Bundesrat will aber schon wieder anpassen und noch mehr Kompetenzen und die Finanzbeträge auch gleich selber bestimmen können. Das müssen wir verhindern. Das Parlament oder mindestens die Kommissionen müssen diese vorgängig genehmigen. Hoffentlich unterstützen uns die anderen Parteien. Auch die Bündner Anliegen sind mir nach wie vor wichtig.

An welche Anliegen denken Sie?

An die Entschädigungen des Bundes. Zum einen geht es um die Hotels im Berggebiet. Hier sind die heutigen Härtefallregelungen des Bundes ungeeignet, weil die Schwelle von mindestens 40 Prozent Umsatzrückgang für zwölf Monate nicht erreicht wurde. Die Hotels sind jetzt in einer «ersten Welle», haben aber keine Überbrückungskredite mehr zur Verfügung und wurden nicht geschlossen. Grosse Betriebe mit mehreren Filialen müssen mehr bekommen. Und Bergbahnen sollen dafür entschädigt werden, dass sie ihre Transportkapazitäten einschränken mussten. Das verhandeln wir nun mit dem Bundesrat.

Derzeit wollen alle Geld vom Bund. Wie stehen da Ihre Chancen?

Ich denke, nicht schlecht. Unsere beiden SVP-Bundesräte müssen ja die

Entschädigungen ausarbeiten. Sie haben die Probleme von Graubünden erkannt.

Und das genügt?

Es gibt einen Kampf um das Geld. Die Beträge sind enorm hoch und genügen trotzdem nie. Wir müssen die Wirtschaft und die Gesellschaft wieder frei lassen.

Wie bewältigen denn die Bündner Politik und die zuständigen Behörden die Situation?

Im Grossen und Ganzen macht die Regierung in Graubünden eine gute Arbeit. Das gilt besonders für den Krisenstab und das Gesundheitsamt, aber auch für Politiker wie Volkswirtschaftsdirektor Marcus Caduff oder den St. Moritzer Gemeindepräsidenten Christian Jott Jenny. Dass sie Skigebiete und Terrassen gegen alle Widerstände offen halten, verdient Lob, weil es dazu Mut braucht. Auch das Konzept der Massentests, bei dem die Ems-Chemie mit rund 250 Lernenden mitmacht, ist mutig und innovativ. Hoffentlich können wir dafür später mehr Kompetenzen für Sondermassnahmen vom Bund bekommen!

Mut?

Ja, weil jeder, der Öffnungen verlangt oder erlaubt, sofort angegriffen wird. Alle haben Angst vor Ansteckungen. Aber für die Existenzen, die Gesundheit der Jugendlichen, das Geld, das vernichtet wird, wird letztlich niemand Verantwortung übernehmen. Darum braucht es Mut, für Öffnungen zu sein. Ich selber und meine Partei, die SVP, sind es gewohnt, Verantwortung auch in unangenehmen Bereichen zu übernehmen. Wir stehen hin, wenn es nötig ist.

13. Februar 2021

Südostschweiz am Wochenende



Gewohnt klare Worte: Magdalena Martullo gibt sich beruflich zuversichtlich und politisch kämpferisch.

Pressebild
